Anlage 1 zur **T i s c h v o r l a g e** zu TOP 5

Sehr geehrte Frau Dr. Schröder,
sehr geehrte Damen und Herren des Jugendhilfeausschusses,
sehr geehrte Mitglieder des Stadtrates,

der Gesamtelternbeirat Kindertagesstätten Nürnberg e.V. (GEB Kita Nürnberg) nimmt im Rahmen der Anhörung nach Art. 14 Abs. 2 Satz 2 BayKiBIG hiermit nachdrücklich Stellung zur geplanten Änderung der Gebührensatzung für städtische Kindertageseinrichtungen (KitaGebS) zum 1. Januar 2027 und der damit verbundenen Aufhebung des § 8 (Gebührenentlastung).

1. Einordnung der Reform und kommunale Rahmenbedingungen

Dem GEB Kita Nürnberg ist vollkommen klar, dass der Wegfall des bisherigen Beitragszuschusses für Kindergartenkinder in Höhe von 100 Euro monatlich sowie die Umstrukturierung beim Krippengeld auf Beschlüsse des Freistaates Bayern zur Reform des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBIG) zurückgehen.

Die Stadt Nürnberg ist primär nicht der Verursacher dieser Streichung auf Landesebene.

Als Kommunalpolitik und Stadtverwaltung tragen Sie jedoch die direkte Verantwortung für die Lebensrealität vor Ort. Ein reines Durchreichen von Kürzungen ohne eigene soziale Abfederung wird der gesellschaftlichen Verantwortung einer kinder- und familienfreundlichen Großstadt nicht gerecht.

2. Auswirkungen der Gebührenanpassung auf Familien

Für eine durchschnittliche Familie bedeutet die Aufhebung der Gebührenentlastung von einem Tag auf den anderen eine Verdopplung der tatsächlichen Kosten:

Im Kindergartenbereich steigt der monatliche Effektivbeitrag (z. B. bei einer Standardbuchung von 6 Stunden) schlagartig von 99 Euro auf 199 Euro.
In Zeiten ohnehin drückender Inflation, gestiegener Energie- und Wohnkosten trifft diese drastische Erhöhung vor allem arbeitende Familien aus der Mittelschicht.

Das erzeugt bei den Eltern enormen Frust, spürbare Zukunftsängste und das verheerende Gefühl, von der Politik in einer ohnehin belastenden Phase allein gelassen zu werden.

3. Betreuungsqualität und vertragliche Verlässlichkeit

Besonders bitter ist diese Preisexplosion vor dem Hintergrund der täglichen Betreuungswirklichkeit:

Der Alltag in zahlreichen städtischen Einrichtungen ist seit Monaten gezeichnet von eklatantem Fachkräftemangel, regelmäßigen Gruppenschließungen, Notbetreuung und verkürzten Öffnungszeiten.

Den Eltern wird eine Beitragsverdopplung zugemutet, während die vertraglich zugesicherte Leistung immer wieder eingeschränkt werden muss.

Wer doppelt so viel bezahlt, muss sich wenigstens auf eine verlässliche und hochqualitative Betreuung verlassen können!

4. Transparenz der Mittelverwendung und Zweckbindung

Aus der Beschlussvorlage geht hervor, dass die erhöhten staatlichen Betriebskostenfördermittel zur Abdeckung des Defizits der städtischen Kindertageseinrichtungen eingesetzt werden sollen.

Hier fordern wir eine lückenlose und kompromisslose Transparenz sowie eine strikte Zweckbindung für jede einzelne Einrichtung:

Lückenlose Offenlegung: Für Eltern und Elternbeiräte muss nachvollziehbar dargelegt werden, welche Finanzmittel genau in ihre jeweilige Einrichtung fließen, welche Betriebskosten entstehen und wie sowohl die staatliche Betriebskostenförderung als auch die Elternbeiträge konkret vor Ort eingesetzt werden.

Strikte Zweckbindung: Sämtliche Mittel aus der Betriebskostenförderung sowie die von den Eltern erhobenen Gebühren müssen zu 100 % zweckgebunden in den Einrichtungen verbleiben und direkt für das Personal, die pädagogische Qualität, die Ausstattung und die Verpflegung eingesetzt werden.

Keine Querfinanzierung: Diese Gelder dürfen unter keinen Umständen missbraucht werden, um allgemeine städtische Haushaltslöcher zu stopfen oder betriebsfremde städtische Aufgaben querzufinanzieren.

Offener Dialog: Eltern sind durchaus bereit, schwierige Situationen mitzutragen – vorausgesetzt, die Lage wird offen geschildert und Maßnahmen werden nachvollziehbar begründet.

5. Haushaltspolitische Konsolidierung und Verhältnismäßigkeit

Als gewählte Elternvertretung verschließen wir die Augen keineswegs vor der extrem angespannten kommunalen Haushaltslage.

Wir haben grundsätzlich Verständnis für sachgerechte, notwendige Konsolidierungsmaßnahmen der Stadt Nürnberg und unterstützen Konsolidierungsbemühungen im städtischen Gesamthaushalt.

Jedoch muss mit Augenmaß und Gespür für die sozialen Folgen gespart werden! Es geht uns nicht darum, Einschnitte im städtischen Gesamthaushalt gegeneinander auszuspielen.

Allerdings ist unbestreitbar: Die Auswirkungen und Härten von Kürzungen in der Kinder- und Jugendarbeit sowie bei den Familien wiegen unvergleichlich schwerer und sind ungleich schmerzhafter als in anderen Verwaltungs- oder Infrastrukturbereichen.

Kinder, frühkindliche Bildung und Familien dürfen niemals als leicht verfügbare Verschiebemasse herhalten.

Unsere Kitas sind die ersten und wichtigsten Bildungsorte für die Zukunft unserer Gesellschaft – sie dürfen nicht zum reinen Posten der Haushaltskonsolidierung degradiert werden.

Sparmaßnahmen müssen fair und ausgetestet verteilt werden, anstatt einseitig die Schwächsten zu belasten.
Die finanzielle Last darf keinesfalls einseitig und ungeschützt bei den Kindern und ihren Familien abgeladen werden.

6. Entwicklung des Verpflegungsgeldes

Wir nehmen positiv zur Kenntnis, dass das Verpflegungsgeld für das Kitajahr 2026/27 unverändert eingefroren bleibt.

Wir fordern jedoch bereits jetzt eine frühzeitige und transparente Einbindung der Elternschaft bei den Kalkulationen für das Kitajahr 2027/28, sobald die Neuvergabe der Catering-Leistungen erfolgt.

7. Empfehlungen und Beschlussvorschläge für Jugendhilfeausschuss und Stadtrat

Der GEB Kita Nürnberg appelliert eindringlich an die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses:

Nutzen Sie Ihren gestalterischen Spielraum, um die Härte für die Familien abzufedern.

Beschließen Sie sozialverträgliche Abfederungs- und Härtefallmodelle für Familien im mittleren Einkommensbereich, um verheerende soziale Schieflagen zu verhindern.

Verankern Sie verbindliche Transparenzregeln bezüglich der Budgetverwendung gegenüber den Elternbeiräten vor Ort.

Garantieren Sie die strikte Zweckbindung aller Kita-Einnahmen zugunsten der Bildungs- und Betreuungsqualität unserer Kinder.

Für Fragen stehen wir sehr gern zur Verfügung und verbleiben mit besten Grüßen.
Uwe Kriebel
Vorstandsvorsitzender Gesamtelternbeirat Kindertagesstätten Nürnberg e.V.